

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 8 Mill. M.

Bezugspreis für die Woche vom 8. 10. - 15. 10. 1923  
24 Mk. Papierm. frei, aber 25 Goldpf. Postbezugspreis  
für Oktober: Grundr. 12000 M., Schiffslohn frei. An-  
zeigen: d. w. g. 15 Goldpf., Reklamezeile - 6 Goldpf.  
zahlbar in Papierm. nach dem Stande des Dollars am Posttag  
des Abganges. 1 Dollar = 1,20 M. - Abonnement- und  
Anzeigenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 235

Montag, den 8. Oktober 1923

14. Jahrg.

Geschäftshalle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3290.

## Die neue Regierung der großen Koalition.

Nach langwierigen Verhandlungen ist am Sonn-  
abend die zweite große Koalitionsregierung Strese-  
manns zusammengetreten. Sie setzt sich wie folgt zu-  
sammen:

Dr. Stresemann, Reichskanzler u. Außenr. (Dt. Rp.)  
Sollmann, Innenr. (Soz.)  
Roeth, Wirtschaft (Zentrum). (?)  
Kühner, Finanz (Demokrat). (?)  
Radbruch, Justiz (Soz.)  
Fuchs, Besetzte Gebiete (Zentrum).  
Gehler, Reichswehr (Demokrat).  
Deiser, Eisenbahnen (Demokrat).  
Hölle, Post (Zentrum).  
Brauns, Arbeit (Zentrum).  
Ernährung: noch unbesetzt.  
Robert Schmidt, Wiederaufbau (Soz.)

In das Reichsarbeitsministerium tritt als we-  
terer Staatssekretär der Vorsitzende des Bauarbeiter-  
verbandes, Silberstein, ein, der im Gewerkschafts-  
leben eine hervorragende Rolle spielt und seinerzeit  
die Verhandlungen in Paris über die Beteiligung der  
deutschen Arbeiter an dem Wiederaufbau der zerstör-  
ten Gebiete Frankreichs geführt hat.

Stresemann stellte seine Regierung noch am Sonn-  
abend dem Reichstag vor und legte in einer längeren  
Rede das Programm seines neuen Kabinetts dar.  
Scharf wandte er sich gegen die Kritiker des Parlamen-  
tarismus auf der äußersten Rechten und gegen die  
Kritiker der Regierung in seiner eigenen Fraktion. Er hielt  
gleichzeitig Abrechnung mit den Wirtschaftlern und  
Faschisten, die, so oft sie gerufen wurden, ver-  
sagten, um sich später immer wieder als die „nationalen“  
und „opferbereiten“ Männer hinzustellen. Die außen-  
politischen Ausführungen Dr. Stresemanns waren frei  
von jeder Bemerkung. Mit einer Anerkennungswerten  
Schärfe, die bis in die äußerste Linke Zustimmung fand,  
ging er mit den Deutschen in das Gericht, die sich  
als Kriegsverlierer nicht schämen, ihm den Vorwurf  
des Landesverrats zu machen, weil er sich der Notwen-  
digkeit nicht verschloß, den passiven Widerstand aufzu-  
heben. Trotzdem gestand der Reichskanzler, daß die  
Regierung durch die Aufhebung des passiven Wider-  
standes einen Erfolg nicht erzielt hatte, indem er aber  
gleichzeitig, wenn auch in vornehmer Form, die Unter-  
lassungslinien des Kabinetts Cuno an Hand der letz-  
ten Rede des englischen Außenministers für diese Tat-  
sache mitverantwortlich machte. Dazu hatte der Kan-  
zler alles Recht. Wesentliche Schuld an der Entwik-  
lung der Zustände in den letzten Monaten fällt auf die  
Verantwortungslosigkeit der Regierung Cuno. Sie  
hat sich unter dem Druck der Deutschnationalen auch zu  
einer Zeit, als noch die Möglichkeit bestand, den Höhe-  
punkt des passiven Widerstandes erfolgreich zugunsten  
Deutschlands auszunutzen, allen politischen Notwen-  
digkeiten verschlossen. Sie hat das Volk und die Frak-  
tionen des Reichstages bewußt belogen.

Ueber die skandalösen Verhältnisse in Bayern ging  
Stresemann allerdings mit Stillschweigen hinweg.  
Bisher hat das Reich wohl Anordnungen nach Bayern  
gegeben, ohne daß von der Durchführung auch nur das  
geringste zu hören war. Der Reichswehrminister hat  
z. B. den General v. Lossow beauftragt, das Erscheinen  
des „Völkischen Beobachters“ mit Waffengewalt zu  
verhüten. Das ist nicht geheißen! Hier liegt eine  
Unterlassung des Generals v. Lossow vor, die mit der  
Abberufung geklärt werden muß.

Ob das neue Kabinett der großen Koalition trotz  
dieser Stresemannrede nicht ein Versuch am untun-  
glichen Objekt ist, dürfte bereits die nächste Zeit ergeben.

Der Reichskanzler stellte zuerst die Mitglieder des Ka-  
binets vor. Als er zu sprechen begann, wurde er von den  
Komunisten mit dem Zwischenruf unterbrochen: „Die Ka-  
binette für Stinnes spricht!“ Der Reichskanzler erwiderte, daß  
er sich nicht zu dem Stinnes mit der Neubildung des Ka-  
binets nichts zu tun hat. Nachdem der Reichskanzler noch  
mitgeteilt hatte, daß das noch unbesetzte Ministerium für  
Ernährung und Landwirtschaft mit einem aus der Landwirt-  
schaft kommenden und zu ihr im engen Vertrauensverhältnis  
stehenden Herrn besetzt werden soll, führte er weiter aus:  
Die Vorgänge der letzten Tage haben eine sehr bittere Kritik  
erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustrie  
sagt zum Beispiel: Der Parlamentarismus habe ver-  
sagt. Gedenken Sie mir, die Gegenfrage zu stellen: Hat denn  
nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate  
nicht zur Verfügung stellte? (Lebhafte Zustimmung bei der  
Mehrheit.) Seit der Zeit des Kabinetts Brüning haben  
die Vermögenswerte nicht aufgehört, die Herren heranzuziehen,  
die auf Grund ihrer praktischen Lebenserfahrung der Ansicht  
sind, daß das Fehlen dieser Erfahrungen wesentlich zu dem  
Verfall der Staatsverwaltung beigetragen habe. Wann  
aber haben die Herren, die behaupten, daß der Parlamen-  
tarismus verlaßt, sich dem Staate zur Verfügung gestellt, um  
zu zeigen, wie man es besser macht? Den Parlamentarismus  
führt man nicht ab, sondern durch Resolutionen, sondern  
durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die  
Dinge besser zu meistern vermag. (Unruhe rechts.)

Die ursprüngliche Idee des passiven Widerstandes war die  
gewesen, Frankreich und Belgien durch den Beweis, daß sie  
das Ruhrgebiet nicht produktiv ausbeuten könnten, zu Ver-  
handlungen zu zwingen. Hier stellte Stresemann die wichtige  
Frage auf, ob bei früherem Abbruch des Widerstandes die

Situation günstiger gewesen wäre. Er mußte sie bejahen  
und hat dadurch das Urteil über seinen Vorgänger gesprochen.  
Als richtiger Zeitpunkt für die Aufgabe des Widerstandes  
bezeichnet der Reichskanzler den Moment, als Poincaré zu  
Frankreich den schärfsten Angriff wegen der Erfolgslosigkeit  
seiner Politik ausgeführt war. Es lag in der zwangsmäßigen  
Entwicklung, daß sich die Wirkung des Widerstandes mit der  
Zeit abschwächte. Niemand darf daraus der Bevölkerung des  
Ruhrgebietes einen Vorwurf machen, die mehr als Menschen-  
mögliches geleistet habe. Dies könne man sagen trotz der  
Zeichen einer Demoralisation, die sich besonders dadurch ge-  
zeigt habe, daß Kredite des Reiches unbeschränkt in Anspruch  
genommen wurden. (Zuruf: „Stinnes“.) Das erste Kabinett  
Stresemann fand eine Situation vor, in der die Franzosen  
und Belgier durch Aufgabe des Widerstandes allein nicht  
mehr aus dem Ruhrgebiet hinauszubringen waren. Der  
finanzielle Zusammenbruch war gewissermaßen ein Baro-  
meter, das aller Welt die Lage Deutschlands anzeigte. Aus  
dem besetzten Gebiet selber häuften sich Meldungen über den  
Wunsch der Bevölkerung nach einem Ende. Der Düsselborfer  
Oberbürgermeister hatte dem Reichskanzler den bevorstehen-  
den Zusammenbruch des Widerstandes angekündigt. Es galt  
für das Kabinett Stresemann, nun eine Formel zu finden,  
um die Aufgabe des Widerstandes zu politischen Verhandlun-  
gen zu benutzen.

Unter großer Bewegung des Hauses gab der Reichskanz-  
ler zu, daß er in dieser Beziehung einen Misserfolg erlitten  
habe. Er schilderte die Vorkämpfer, die über den Friedens-  
vertrag hinaus an Frankreich gemacht wurden, um die  
Grundlagen für eine internationale Anleihe zu schaffen und  
gewissermaßen ein Vorgebilde für die Beizugung des Ruhr-  
gebietes zu zahlen. Die hoffnungsvoll begonnenen Ver-  
handlungen wurden abgebrochen, nachdem Poincaré den an-  
deren Mächten gegenüber die bedingungslose Aufgabe des  
Widerstandes durchgesetzt hatte.

Wenn die Erklärungen richtig sind, die Poincaré gegenüber  
Baldwin abgegeben hat, daß er keine Annexionen und keine  
Beschränkung der deutschen Hoheitsrechte wolle, dann hat  
er jetzt die beste Gelegenheit, das zu beweisen.

Zur Sanierung der deutschen Finanzen übergehend  
führte Stresemann aus: Wir müssen ein neues Geld  
schaffen. Das Wichtigste aber ist der Versuch zur Gewinnung  
der Wirtschaft. Die Vorschläge, die ich für die unmittelbare  
Herabgabe des Besizes an das Reich gemacht habe, sind das  
weitgehendste, was jemals dem Reich zugunsten wurde. Wir

## Proletarische Einigung in Mittelddeutschland.

### Sozialistischer Block gegen den Faschismus.

Am Sonntag vormittag fand im Leipziger Volks-  
haus eine Konferenz des sächsischen Ministerpräsi-  
denz Leigner mit dem Thüringischen Staatsminister  
Frohlich statt, an der auch die Justiz- und Innen-  
minister der Kabinette von Dresden und Weimar teil-  
nahmen. Es handelte sich bei der Besprechung um die  
Anbahnung der von den Kommunisten in ihren Bedin-  
gungen zum Regierungseintritt geforderten Allianz  
der mitteldutschen Staaten gegen den „an-  
wachsenden bayerischen Faschismus“.

Als Ergebnis der Konferenz stellt die Berliner  
„Montagspost“ fest, daß der von den Kommunisten ge-  
forderte „rote Block“ gewährleistet sei, d. h.  
daß zwischen den beiden Regierungen volle Einigkeit  
über das Zusammengehen der beiden Staaten bestehe.  
Die politische Entwicklung in Thüringen werde sich  
entsprechend derjenigen in Sachsen gestalten. Die  
Kommunisten würden in die Regierung frühzeitig ein-  
treten.

### Proletarische Einigung in Sachsen.

#### Eintritt der Kommunisten in die Regierung.

Ueber die Verhandlungen zur Regierungsumbil-  
dung in Sachsen teilt die Nachrichtenstelle der Staats-  
kanzlei mit: Die Verhandlungen zwischen den Beauf-  
tragten der sozialdemokratischen und kommunistischen  
Landtagsfraktion und Parteiführungen, die gestern  
nachmittag aufgenommen wurden, haben einen erfolg-  
versprechenden Verlauf genommen. Es wurde Ueber-  
einstimmung in wesentlichen Punkten erzielt. Die  
Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Es ist Aus-  
sicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in  
die sächsische Regierung in den nächsten Tagen erfolgen  
wird. Wie bekannt, tritt der Landtag am 9. d. Mts.  
nachmittags 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den  
Ferien zusammen.

Der „Tag“ meldet aus Dresden, die angekündigte  
Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten  
sei nunmehr völlig zustande gekommen. Die Kommu-  
nistischen Arbeits- und Kultusmini-  
sterium befehlen. Die Namen der neuen Minister  
sollen heute bekanntgegeben werden.

### Gegen die große Koalition.

#### Ablehnende Stellung der Berliner Sozialdemokratie.

Nach vierzehntägiger Unterbrechung wurde gestern  
der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokraten  
fortgesetzt. Der „Montagspost“ zufolge, sprach für die  
Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion  
Abg. Perle, für die radikale Minderheit Abg. Auf-

brachten dazu auch einen Eingriff in die Preisbildung, welche  
bei uns Formen angenommen hat, die wir nicht mehr er-  
tragen können. (Stürmische Zustimmung.) Wir brauchen  
Mittel gegen eine Monopolspreissbildung über Weltmarkts-  
parität hinaus, wir brauchen Eingriffe in die Preispolitik,  
damit nicht der gefährdeten Stellung der Leistungen die  
Ausbeutung durch unerschöpfliche Preise entgegensteht. Auf  
dieses Zusammenwirken sollen sich die Verordnungen be-  
ziehen, wegen deren wir von ihnen eine Ermächtigung ver-  
langen. Dieses Ermächtigungsgesetz müssen sie uns geben.  
(Unruhe bei den Kommunisten.) Daß der Belagerungs-  
zustand da ist, liegt an ihnen (nach links). (Stürmische Un-  
terbrechung bei den Kommunisten.) Es ist klar, daß der  
Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, die für den  
Verfall des Staates eine Gefahr sind. (Stürmische Parolen  
links.) Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der  
Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach  
uns kommt. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien,  
anhaltendes Zischen und Pfuirufen bei den Kommunisten.)  
Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Be-  
sprechung der Regierungserklärung auf Montag 12 Uhr  
verlegt.

### Sompromiß über den Achttundentag.

In der interfraktionellen Kommission, welche in  
der Nacht die Frage des Achttundentages mit dem  
Arbeitsminister behandelte, ist es heute früh 3 Uhr zu  
einer Einigung über die Formel gekommen, mit der  
der Reichskanzler in seiner heutigen Erklärung diese  
Angelegenheit behandeln wird. Die Einigungsformel  
lautet: Die schwere Not unseres Landes läßt eine Stei-  
gerung der Gütererzeugung dringend geboten erschei-  
nen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der  
technischen Errungenschaften bei organisatorischer Ver-  
besserung unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes  
einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung  
der Produktion durch diese Mittel wird auch die Re-  
gelung der Arbeitszeitgesetze unter grundsätzlicher  
Festhaltung des Achttundentages als Normal-Arbeits-  
tages nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit  
der tariflichen und gesetzlichen Ueberschreitung der fest-  
gesetzten Arbeitszeit im Interesse der volkswirtschaftlich  
notwendigen Steigerung und Verbilligung der Pro-  
duktion zu erzielen. Für die öffentliche Verwaltung  
finden ähnliche Grundsätze Anwendung.

hänser. Die Anträge, die die Zeit, welche der Sozial-  
demokratie im neuen Kabinett Stresemann billigen  
wurden nicht einmal von Sozialen Delegierten unter-  
stützt, daß sie nach der Geschäftsordnung zur Abstim-  
mung gebracht werden könnten. Dagegen fanden alle  
Anträge auf scharfste Mißbilligung der Vorstands-  
und Fraktionspolitik ausreichende Unterstützung. In  
einer Abstimmung kam es gestern noch nicht.  
Die Debatte soll in zwei Wochen zu Ende geführt  
werden.

Auf dem gestrigen Parteitag wollte die Mehrheit den  
Bezirksvorstand, der in seiner überwiegenden Mehr-  
heit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort  
ablehnen. Darüber gab es stürmische Auseinander-  
setzungen, da eine solche plötzliche Ablehnung den  
Satzungen widersprechen würde. Man einigte sich  
schließlich dahin, daß in der nächsten Versammlung die  
Abstimmung vorgenommen wird. Auch über den An-  
trag auf Ablehnung der Redaktion des „Vor-  
wärts“ wird an diesem Tage die Entscheidung  
fallen.

### Ein Aufruf der bayerischen Sozialdemokratie.

Die Landtagsfraktion der S.S.P.D. in Bayern hat sich in  
zweitägigen Sitzungen eingehend mit der politischen Lage  
beschäftigt. Als Ergebnis der Aussprache wurde eine Reso-  
lution an die Partei beschlossen. In dieser heißt es u. a.:

Die Regierung Kulling hat den Ausnahmezustand ver-  
hängt. Die Regierung selbst verzichtet darauf, den Aus-  
nahmezustand zu vollziehen. Sie übertrug den Vollzug an-  
deren. Der Ausnahmezustand richtet sich in erster Linie gegen  
die Partei, gegen jeden einzelnen von uns. Die Abwehr-  
organisationen, die nach jahrelangen unerhörten Heraus-  
forderungen von Gewalthäupten, jeder Art mit dem  
Rechte der Notwehr gegründet wurden, sind aufgelöst. Die  
Verbände derer, die nach ihrer Auflösung den Bürger-  
krieg heraufbeschworen und die Verfassung offensichtlich ge-  
fährden, bleiben bestehen. Das in der Reichsversammlung  
für einen Ausnahmezustand garantierte volle Koalitions-  
recht wurde durch das Streikverbot genommen. Durch ein  
trübseliges, unverstandenes Schlagwort des Tages von dem  
„Kampf gegen den Marxismus“ glaubt man auf dem Wege  
der Diktatur eine Bewegung besänftigen zu können, die welt-  
geschichtlich ist und die Gewalttäter von heute um Jahr-  
hunderte überdauern wird.

Unter dem schändlichen erbärmlichen Ausnahmezustand des  
Jahre 1873-1890 ist die Sozialdemokratie hart gemordet.  
Denn sie kämpfte auf dem Boden des Gesetzes für die Rechte  
der arbeitenden Massen. In der Erinnerung an die Ent-  
wicklung der Partei und die Lehren der Geschichte rufen wir  
auch Sozialdemokraten zu: Seid treue, mutige, besonnenen  
Kämpfer! Laßt euch nicht provozieren! Die Geschlossenheit  
eures Handelns wird eure Gegner töten!

Die Fahne, die wir an den Gräbern August Bebel, Karl  
Grillenberger und Georg von Vollmar senkten, wird auch  
weiter durch Kampf zum Sieg führen.



### Verderungen der englischen Arbeiterſchaft.

In einem Communiqué, das nach einer Sitzung des gemeinsamen internationalen Ausschusses des Generalsrats des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der englischen Arbeiterpartei ausging, wurde, wird als Ansicht der englischen Arbeiterchaft erklärt, die britische Regierung müsse öffentlich erklären, daß nach ihrer Ansicht die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung eine sofortige Anerkennung verdiene in Gestalt einer prompten Wiederherstellung des zivilen und wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebiets unter der Verwaltung des deutschen Staats seiner Heimkehrerlaubnis für die Gefangenen und Verbannten, einer Wiedereinführung der abgesetzten Beamten, einer Wiederherstellung der Verbindung zwischen Ost- Westdeutschland und eines Aufhörens der Reichsliquation von Waren wie der Verhaftung von Personen durch die Besatzungsbehörde. Die britische Regierung müsse weiter eine Erklärung gegen offene oder verkleidete Annexion deutschen Gebiets abgeben und die französische Forderung, daß deutsche Eisenbahnen und Postbeamte der Regie den Treueid schwören, verurteilen. Ferner müßten ohne Vollzug Verhandlungen zwischen den Allirierten und Deutschland stattfinden, die Vereinigten Staaten aufgefodert werden, die ihnen zukommende Rolle bei der Sicherung des Friedens und des Wiederaufbaus zu übernehmen, eine Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten und den andern in Betracht kommenden Mächten einberufen werden, damit man zu einer Vereinbarung über die internationalen Schulden komme. Das Communiqué schließt: Wenn sich die französische Regierung weigern sollte, sich Großbritannien in der Frage sofortiger Verhandlungen mit Deutschland anzuschließen und Poincarés Politik fortwährend Verletzung des Vervälicher Vertrages von neuem zu erwägen, müsse die britische Regierung eine Konferenz der Vervälicher Staaten einberufen, um sich mit der neuen Lage zu befassen.

Der politische Korrespondent der „Sunday Times“ schreibt: „Wenn man Lord Curzon's Rede sorgfältig gelesen habe, so sei es schwer, dem Eindruck zu widerstehen, daß die in Paris zustandegekommene Uebereinstimmung erzielt wurde durch etwas, was einer Kapitulation Englands ungewöhnlich gleiche. Es sei nur allzuklar, daß bezüglich der Ruhrfrage die Regierung „ohne Licht und Führung“ sei. Sie läge, wie Deutschland in das Chaos und die Auflösung stürze, könne jedoch nur ohnmächtig zuschauen. Man werde Baldwin nicht beneiden, wenn er nächsten Montag seine Politik im Unterhaus verteidigen müsse.“ Die „Times“ wirft besonders die Frage auf, ob England überhaupt irgendeine europäische Politik betreibe. Es läge so aus, als ob die britische Politik am Ende ihrer Mittel zur Behandlung des europäischen Durchwinkens angelangt sei, und als ob sie in reiner Verzweiflung angehöret habe, eine eigene Ansicht zu heissen, um sich in Zukunft damit zu begnügen, ihre Forderungen vom Orai d'Orjas entgegenzunehmen.

### Stinnes bei General Degoutte.

**Ohne Auftrag der Reichsregierung.**

Havas meldet, daß General Degoutte die Industriellen Stimmes, Glöckner, Bügeler und den Bergwerksdirektor v. Belsen empfangen habe. Im Laufe der Unterredung seien die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiederherstellung eines provisorischen Rodas für die Schließungen durchgeprochen worden. Das „Journal des Debats“ schreibt hierzu: Es ist unerscheidbar, daß diese Verhandlungen nützlich sein können unter der Bedingung jedoch, daß sie sich beschränken auf die Herbeiführung des normalen Lebens im Ruhrgebiet und nicht etwa zu einer Regelung des Reparationsproblems führen sollen, für das die effizienten Reparationen zupändig sind. Der Sonderberichterhalter des „Journal des Debats“ bedauert, daß Degoutte nie-

## Ein Kapitel Geschichte.

Öffentlich zeigt sich die katholische bayerische Stammes-  
loyalität mehrfach durch: Lehr, der Professor, Leiter der  
Hochschullehrer, und Paderborn, der Frau, haben  
zum Ziele verhelfen. Bayern, ganz und vollständig wie  
eine Frau, auch als solche immer eine Aufregung beim  
Andenken, seine Augen auf den Dach. Wie es eben gerade  
ist. Der Actus liegt in Berlin. Von Berlin nach jeder  
Seite, hat es in Moskau gelogen ist.

Die Ereignisse müssen endlich mit den Waffen in der Hand und ohne ein Atom Verhandlung im Reich anfangen werden. Es gilt den Dreifrontenkrieg gegen Berliner, Juden und Franzosen.

Jeder Monat hat in Basel seine Schwestern be-  
bracht. Die Novemberbrüder sind hier, die sie die Sorge  
übernehmen, welche ein Januar-Februar-März-  
April-Mai-Juni-Juli-August-September-Oktober-Geld mit  
Sicherheitsring gebracht hat.

Wird erst vor kurzem das Commando von Harcourt. Und  
Friedrichs konnte nur dem Fall von Berlin, über dem bald  
die weltliche Ruhe werden wird, einigmaßen das unermüd-  
liche Streben und das Siegel in vieler Schlämmen. Jedes  
Tag wird eine neue Sage erschaffen, und sein Streich wird,  
nach der ersten, nur schneller fort.

[illegible]

beraus den Wirkungen, so der Natur, nicht haben dürfen. Alle Taten werden verurteilt, und alle Menschen sind in Berlin mit Gefessenen bestrahlt, werden, um furchtbare Qualen und in Verberberung zu bringen, um zu machen. Die Diktatur wird um eine Million Soldaten

Der Professor will wieder etwas zu seinem Beiratsrat, eines Kolonisten rufen. Er spricht die Stammtrommel in seinem kleinen Privatbureau, zum neuen Mitglied.

[illegible][illegible]

mand um sich gehabt habe, als er drei Stunden mit den deutschen Industriellen verhandelte.

Pariser Telegramme hatten behauptet, die deutschen Industriellen Altkner, Bögeler und v. Welsen hätten im Auftrage der Regierung mit General De-goutte verhandelt. Demgegenüber erfährt die „Montagspost“, daß diese Behauptung unrichtig ist, ebenso die, daß die Industriellen von Dr. Stressemann bestimmte Instruktionen erhalten hätten. Weder habe ein Empfang beim Reichsfürstler stattgefunden, noch habe dieser Instruktionen erteilt. Die Industriellen hätten also auf eigene Faust verhandelt.

## Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Von zuverlässiger Seite wird aus Oesentkirchen mitgeteilt: Kurzest ist die Stimmung unter den deutschen Gefangenen sehr gedrückt, da diese über ihr Schicksal völlig im Ungewissen sind und da die Erwartungen, daß die Franzosen zum mindesten die politischen Gefangenen freilassen würden, sich nicht erfüllt haben. Die groch noch die Zahl der Gefangenen ist, acht daraus hervor, daß sich in achteehn Gefangnissen des Ruhrgebietes und des Bräntenkopfes Düsseldorf noch 15 000 Gefangene befinden. Dazu kommen noch mehrere tausend Gefangene, die sich in den Gefangnissen des albbestehten Gebietes befinden, weiter jene Unglücklichen, die sich in Frankreich in St. Martin de Re und anderen Orten, in Belgien in Serviers befinden.

Im Ubrigen werden auch nach Einstellung des passiven Widerstandes den Gefangenen keinerlei Erleichterungen gewährt. So ist ihnen z. B. das Lesen politischer Tageszeitungen immer noch verboten; die Haft ist vor allem deshalb für viele gegenwärtig eine festsitzende Karre, weil sie über die Entwicklung der Dinge im In- und Ausland und in Deutschland nur sehr mangelhaft unterrichtet sind. Auch die Unterbringung der Gefangenen läßt nach wie vor sehr zu wünschen übrig. So selbst die 174 Gefangenen, die aus dem Berliner Untersuchungs- in ein bayerisches Gefängnis gebracht worden sind, unter der Mauer. Ein Teil von ihnen ist gezwungen, auf dem Fußboden zu schlafen.

**„Beeidigt.“** Der Präsident Millerand am 4. Oktober die Todesstrafe, die am 29. Juni wegen angeblicher Sabotage gegen 7 Deutsche vom Kriegsgericht in Metz verhängt wurde, in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

**Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.** Verhandlungen des Betriebsrats der Zeche Recklinghausen mit den Franzosen haben unter Zusage von Lebensmitteln seitens der Franzosen zu folgenden Vereinbarungen geführt: 1. Die Franzosen mangen sich in den unterirdischen Betrieb in keiner Weise ein, sondern behalten lediglich die Oberleitung im Koherei- und chemischen Betrieb. 2. Die Deputatsohlen für die Belegschaft werden freigegeben. 3. Die französischen Posten werden von der Zeche zurückgenommen. 4. Die Koherei wird wieder in Betrieb gesetzt.

Schreibt der „Berliner Volkszeitung“. Der Reichshaber im Bezirke 3 hat die „Berliner Volkszeitung“ bis einschließlich 14. Oktober wegen Zunderhandlung gegen die Verordnung des Kriegswehrministers vom 1. 10. verboten.

Die türkischen Truppen haben gestern ihren Einzug in Konstantinopel gehalten. Sie wurden von der Bevölkerung mit größtem Enthusiasmus begrüßt.

Polnische Spionage in Oberhesien bildete den Gegenstand einer fünfjährigen Verhandlung vor dem Straßenrat des Reichsgerichts gegen 12 Angeklagte. Der Anführer war ein gewisser Kowalkowski alias Berger, der früher Offizier der Reichswehr war und dann als polnischer Leutnant Spionagegeheim leitete. Er hatte den Auftrag, mit Hilfe verschiedener Agenten Bestand, Stärke und Organisation der Reichswehr festzustellen, ebenso des oberhessischen Selbstschutzes. Zu einem umfassenden Gespändnis oblagte, das die Festnahme der Mitgeschädigten ermöglichte und weitere Mitteilungen an den polnischen Generalstab verhinderte. Erhielt er nur 5 Jahre Gefängnis. Seine Mitgesellen, die zum Teil schwere Einbrüche verübt hatten, um sich Material zu verschaffen, wurden zu Anstalts von 5 bis 8 Jahren und Ehrverlust von 5-10 Jahren verurteilt, nur zwei Angeklagte kamen mit Gefängnisstrafen von zwei Jahren davon.

und darf sich auf seinen Arsch de triomphe setzen. Wilhelm II.  
bedrängt als Karl der Große den Herzmangernöhen, und  
alles hängt von vorne an. Klabaut.

## Die Gesandtschaft nach Deutschland nach Amerika.

[illegible]

## Wirtschaft, Handel und Schifffahrt.

Trübe Aussichten in der deutschen Industrie. Ueber die Lage der deutschen Wirtschaft im September geben die Berichte der preussischen Handelskammern ein sehr ungünstiges Bild. Ueberall Produktionsbeschränkungen, Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen. Die meisten Erzeugnisse haben den Weltmarktpreis überschritten. Aufträge gehen kaum noch ein, alte Aufträge werden zurückgezogen. Im Lokomotivbau kamen weder vom Inland noch vom Ausland neue Aufträge herein. Selbst Auftrags in nennenswerthem Umfange lagen nicht vor. Der Auslandsabsatz in chemischen Präparaten hat in erschreckender Weise nachgelassen. In der Industrie der Steine und Erden ist das Geschäft infolge der schwankenden Währungsverhältnisse und der allgemeinen Abwärtsnotung seit zum Stillstand gekommen. In der Papierindustrie hat sich vor allem die Lage der Briefumschlagindustrie inzwischen weiter verschlechtert. Das Personal war in letzter Zeit bereits nur noch drei Tage in der Woche beschäftigt und ist weiter verringert. Die Lage der Baustoffindustrie hat ebenfalls eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Betriebe sind zu mehr oder weniger umfangreichen Arbeitszeitverfügungen übergegangen. Das gesamte deutsche Druckgewerbe befindet sich in schwerer Notlage; sämtliche Firmen des Schriftsatzergewerbes arbeiten seit dem 1. September verkürzt, die meisten von ihnen nur 24 Stunden in der Woche. Am schwierigsten ist die Lage der Zeitungsdruckereien; ähnlich schwierig aber auch die der Altbildungs- und Werkdruckereien, daß es in diesem Monat besser werden könne, erscheint unter den obwaltenden Umständen fast ausgeschlossen.

**Weitere Steigerung des Notenumlaufs auf 5444 Billionen.**  
 Der Ausweis der Reichsbank vom 22. September zeigt eine weitere gewaltige Anspannung des Standes der Bank. Die gesamte Kapitalanlage hat sich gegenüber der Vorwoche mehr als verdreifacht; sie liegt von 1551,8 Billionen Mark auf 14041,5 Billionen Mark. Von dieser Zunahme in Höhe von 12489,7 Billionen Mark entfiel wieder weitaus der größte Teil auf das Schatzanweisungskonto, dessen Bestand von 3808,4 Billionen Mark um 3421 Billionen Mark auf 12229,4 Billionen Mark anschwoll. Das Wechselkonto lag von 703 Billionen Mark um 1497,6 Billionen Mark auf 2200,6 Billionen Mark. Das Lombardkonto lag von 39,8 Billionen Mark um 523,9 Billionen Mark auf 563,7 Billionen Mark. Titl der reichthoffen Vermehrung der Anlagen der Reichsbank trat eine entsprechende Vermehrung der Passiven ein: der Notenumlauf allein wuchs von 3183,7 Billionen Mark um 2260,3 Billionen Mark auf 5444 Billionen Mark. Daneben lag die Summe der fremden Gelder von 1954,4 Billionen Mark um 4198,4 Billionen Mark auf 6152,8 Billionen Mark. Der Goldbestand verminderte sich um 20 Millionen Goldmark, die zum Zwecke der Devisenbeschaffung verpfändet wurden.

**Lodz** verlangt Wiedergutmachung. Die Lodzer Textilindustrie hat Schadenersatzanspruch in Höhe von 30 Millionen Dollar an die deutsche Regierung gestellt wegen der Beschlagnahme von Textilwaren und -maschinen während der Okkupationszeit. Der Prozeß ist vor dem Internationalen Gerichtshof in Paris angesetzt. Der Verhandlungstermin ist auf Ende November anberaumt. Die polnischen Interessen werden von dem Pariser Anwalt Adamson vertreten. Wie die „Textil-Welt“ meldet, sollen die Aussichten für die polnische Industrie sehr günstig sein, es sei denn, daß der Internationale Gerichtshof sich in diesem Streitfall nicht für zuständig erklärt. Sollte Polen den Prozeß gewinnen, so würde die Summe genügen, der polnischen Textilindustrie einen vollen Betrieb für mindestens 4 bis 5 Monate zu garantieren. Die Forderungen der Lodzer Textilindustriellen kommen reichlich spät; sie scheinen mehr der Sorge der Beschaffung des knapp gewordenen Vertriebskapitals zu entsprechen, als einer Klärung der Rechtslage. Das geht auch daraus hervor, daß die Industriellen fast 5 Jahre verstreichen ließen, ehe sie die Forderungen erhoben.

Stinnes in der Fensterglasproduktion. Im Essener Vorort Carnap sind große industrielle Reuanlagen im Entstehen begriffen. Im Auftrage von Hugo Stinnes soll die Herstellung von Fensterglas nach einem neuen amerikanischen Verfahren bald aufgenommen werden. Das Fensterglas soll danach nicht mehr geblasen, sondern im Walzprozeß hergestellt werden. Das Patent gehört der American Glass Company und ist von Hugo Stinnes für Deutschland erworben worden. Es ist anzunehmen, daß Stinnes sich das Rohmaterial für die Fabrikation durch Ankauf von Quarzgruben gesichert hat. Mehrere Fabrikanlagen sollen auch in Sirschberg und im Kaufhaus gebaut werden. Gleichfalls in Carnap ist eine weitere große Reuanlage entstanden, und zwar zur Ausbeutung des auf der Seebe Graf Bismard erprobten Verfahrens zur Verkohlung von Steinkohle. Die Fensterglasfabrik wird also mit billigen Heizstoffen gut versorgt werden können, da beide Anlagen eng zusammenliegen.

**Rasieren verboten!** Alles Mögliche hat man zu allen möglichen Zeiten schon verboten. So gab es denn auch einmal eine Zeit, in der das Rasieren verboten war. Es war im Rußland, und zwar im Jahre 1811, als der Patriarch Joachim eines Tages das Verbot erließ, daß nicht nur alle die, die sich rasieren ließen, mit einem schweren Bann bestraft würden, sondern auch die, die mit Rasirten verkehrten. Als Joachim starb und der Patriarch Adrian an seine Stelle trat, wurde es womöglich noch schlimmer, denn nun wurde das Verbot noch verschärft, und es wurden tatsächlich alle Barbierer, sowie diejenigen die sich bei ihnen rasieren ließen, streng bestraft, weil, wie der fromme Mann sagte, das Rasieren den Anordnungen Gottes entgegenwider sei und der Mensch ohne Bart nicht mit ein Ebenbild Gottes, sondern wie ein Hund oder ein Rater aussehe. Der Bart sei eine göttgewollte Zier, hieß es, und nur, wer dem „Biech ähnlich“ sehen wollte, trüge keinen Bart. Das wollte nun natürlich niemand, und die Folge war, daß um diese Zeit die Männer in Adrians Sonnenkreis als richtige Waldmenschen umberliefen. Peter der Große aber war anderer Meinung als sein Patriarch. Im Jahre 1699 hob er das Rasierverbot auf. Dann kam aber wie immer das Extrem. Es wurde eine Barbiere-eingeführt, und wer wieder einen Bart tragen wollte, mußte bis zu 100 Rubel Steuer dafür bezahlen.

Ordnung muß sein. Es ist ein Glück, daß in diesen traurigen Zeiten noch immer wieder mal ein Fiskalen für Nummer gefordert wird. Als ein Hamburger Geschäftsmann im April mit seinem Auto nach Darmstadt fuhr, ahnte er noch nicht, daß diese Fahrt solche Folgen haben werde. Denn er fuhr in Darmstadt ganz harmlos auf der einen Seite des Friedrichs-Denkmals und raste nicht, daß es die falsche Seite sei. Aber der Schürmann merkte es und schrieb es auf, nämlich die Nummer des Wagens. Sein Eigentümer wurde auf dem Dienstweg ermittelt und dann in Hamburg wegen der Heßverteilung verurteilt. Das Versteck einer nach Darmstadt und von dort fort nun nach einigen Tagen ein Schreiben des Darmstädter Amtsrichters zum Schöffengericht. Dieses Schreiben war mit 12 Mark zu 100 Mark und einer Marke zu 2000 Mark taxiert und es enthielt einen Strafbefehl auf eine Geldstrafe von 100 Mark und Zahlung der Kosten des Verfahrens. Die mit 100 Mark angesetzt waren. Man hat also 50.000 Mark für Dorn ausgeben und dafür 1000 Mark eingebracht. . . . Man könnte meinen, aber kühnlich wäre die Meinung falsch. Denn Ordnung muß sein.



## Danziger Nachrichten.

### Die Lösung der Währungsfrage.

In einer Sitzung des Hauptausschusses des Volkstages berichtigte, wie bereits kurz gemeldet, Senator Volkmann über seine Verhandlungen in Genf und London.

Ueber das Währungsabkommen führte Volkmann aus, daß es außerordentlich schwierig sei, die Forderungen Danzigs und die Forderungen Polens gütlich und ursprünglich sehr weit auseinander. Nur dank der mäßigen und sehr wertvollen Mitwirkung des Finanzkomitees des Volkstages sei es überhaupt möglich geworden, eine Basis für Verhandlungen zu gewinnen. Die Vertreter der Republik Polen verlangten ursprünglich vorweg die Anerkennung Danzigs, daß mit diesen Verhandlungen bereits die Vereinheitlichung der Währung beginne. Die zweite war, daß Danzig anerkenne, daß es verpflichtet sei, spätestens drei Monate nach Einführung der polnischen Währung die polnischen Währungsvorschriften und das Zustimmung durch den Senat zu übernehmen, und daß es allen künftigen polnischen Währungsvorschriften unterworfen sei. Außerdem ersuchen in Genf der polnische Minister Lucharski und gab die Erklärung ab, daß Polen unmittelbar vor der Stabilisierung seiner eigenen Währung Hände und spätestens am 1. Januar 1924 ein neues endgültiges Geld eingeführt haben werde. Unter diesen Umständen sei es dringend notwendig, daß Danzig nicht selbstständig vorgehe; denn sonst würde Danzig zwei Krisen durchmachen haben, zunächst die eigene Krise und dann die viel schlimmere und härtere polnische Krise. Danzig solle daher auf eigene Lösung verzichten und gleich die polnische Lösung übernehmen. Senator Volkmann lehnte es ab, auf dieser Basis in Verhandlungen überhaupt einzutreten.

Durch Einwirkungen des Finanzkomitees hat Polen dann seinen Standpunkt in wesentlichen Punkten geändert. Es sind besonders drei Punkte gewesen, über die eine Einigung nicht zu erzielen war, die erst durch Eingreifen des Finanzkomitees herbeigeführt wurde. Der erste Punkt ist die Frage der Einteilung des Pfundes. Der zweite Punkt war die Beteiligung des polnischen Kapitals an der Danziger Notenbank. Die Vorlage auf Beteiligung polnischen Staatskapitals hat Senator Volkmann abgelehnt, da die Bank eine Privatbank sei. Auch der Danziger Staat würde sich nicht beteiligen, weder mittelbar noch unmittelbar. Darauf verlangten die Polen die Beteiligung einer Gruppe von polnischen Banken, rein Danziger Banker polnischen Charakters, an dem umlaufenden Kapital in der Höhe von 40 Prozent. Von Danziger Seite wurde erklärt, daß die Einziehung von Danziger Banken polnischen Charakters nur in dem Umfange erfolgen könne, der der geschäftlichen und finanziellen Bedeutung dieser Banken entspreche. Die Umsätze und Gewinne dieser Banken betrügen aber zusammengenommen noch nicht einmal zehn Prozent der gesamten Banken in Danzig. Das Finanzkomitee hat darauf den Beteiligungssatz auf höchstens 25 Prozent festgesetzt. Unter allen Umständen sollen Danzig mindestens 60 Prozent des Kapitals für rein Danziger Zwecke, bestenfalls aber 70 Prozent sichergestellt bleiben. Der dritte Punkt, der zu erheblichen Schwierigkeiten Anlaß gab, war die vorgesehene Abwicklung eines Mißstandes des Notenbankwesens vor seinem Ablauf. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Danzig und Polen hat das Finanzkomitee dahingehend entschieden, daß unabhängig von einer Vereinheitlichung der Währungen der Rückgang des Notenbankumsatzes vorwiegend nicht in Frage komme. Das Finanzkomitee hat dabei klar den Standpunkt vertreten, daß die Inflationsrate niemals kontrolliert sein dürfe und daß eine etwaige künftige Inflationsabhängigkeit sei von dem Interesse, daß auf beiden Seiten an einer Angleichung bestehe. Das Finanzkomitee hat sich weiter auf klar dahin ausgesprochen, daß eine Inflationsabhängigkeit nicht erfolgen dürfe, bevor eine volle Währungsreform durch längere Zeit einer stabilisierten Währung eingetreten sei. In seinen weiteren Ausführungen wies Senator Volkmann darauf hin, daß dieses Abkommen erst in Kraft trete, nachdem Danzig über die Währungsreform seitens der künftigen Notenbank einen ausländischen Kredit erhalten habe. Die Bedeutung des Abkommens liegt nach seiner Ansicht zunächst darin, daß es durch dieses Abkommen möglich gemacht sei, die deutsche Forderung auf Währungsreform der Danziger Währungsreform und auf eine unmittelbare Sanierung abzuleiten.

An der Einführung der Währung erklärte Volkmann, daß der Senat nunmehr seine ganze Kraft unter Zuziehung anderer Aufgaben, dafür einsetzen werde. Alle einzelnen Fragen würden abschließend und mit größter Beschleunigung gefördert. Das gelte für die Lösung der Organisationsfrage, Aufstellung der Statuten und des Primats des Notensatzes und für die Lösung der Namensfrage, der Personalfrage, für die Auseinandersetzungen mit der Reichsbank, für die Herstellung der Scheine, der Banknoten und des Metallgeldes usw. Die größte Schwierigkeit würde aber nicht bestehen, um die Währung vor heute aufzuerhalten oder auch innerhalb von wenigen Wochen einzuführen. Da die Verhältnisse in Danzig einen Zustand bis zu diesem Termin nicht anlassen und auch vorübergehende Preissteigerungen eintreten könnten, so ist insofern vorläufige Maßnahmen durchzuführen, um die Währung zu stabilisieren. Die vorläufige Lösung ist für einen Zeitraum von etwa 3 Monaten berechnet. Dadurch würde sich Danzig auf das Pfund und den künftigen Gulden einstellen. Die Aufwendungen werden in einer bestimmten Zeit, in etwa vier Monaten, zum vollen Kurs ohne jeden Abzug in endgültiges Geld umgewandelt werden. Die Deckung für den Bruttoanfall soll durch den Verkehr erfolgen. Jeder, der Wunde ausbe, erhält Gulden ausgeteilt. Es könnten auch Dollar und Mark eingeführt werden, sie würden dann in Gulden umgerechnet werden. Die Wunde würden als Deckung ge-

halten und dafür kleinere Einheiten ausgegeben. Volkmann erklärte zum Schluß, daß nunmehr die volle Gewähr vorhanden sei, daß das künftige Geld ein gutes, dauerndes und gesichertes sein werde.

### Unternehmer-Wilkhür.

#### Schließung der Betriebe von Gutschow.

Am 6. Oktober teilte die Betriebsleitung der Firma Gutschow u. Co., die in der ehemaligen Gewerhfabrik neben einer Maschinenfabrik auch die Herstellung von Zigarettenmaschinen betreibt, ihrer Arbeiterchaft mit, daß die Fabrikation von Zigarettenmaschinen bis auf weiteres eingestellt werde und sie unter diesen Umständen auch nicht in der Lage sei, den Maschinenmaschinen-Betrieb allein aufrechtzuerhalten. Sie sei daher gezwungen, alle Arbeiter zu entlassen.

Zur Vorgeschichte dieser Maßnahme wird uns vom Metallarbeiterverband geschrieben: Nach dem Generalstreik verlangte die Arbeiterchaft wiederholt die Entlohnung nach dem Abkommen vom 11. August. Die Firma erklärte, sie würde Goldlöhne nur bezahlen, wenn die gesamte Metallindustrie sie einführte. Die Arbeiterchaft wartete die bekannten Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen, den ergangenen Schiedsspruch und auch noch das Urteil des Gewerbegerichts ab, gebildete sich auch noch, bis Senator Runge eine Kaut bei den Metallindustriellen vermittelte. Nachdem auch durch diese Vermittlungen nichts erreicht wurde, beschloß die Arbeiterchaft nunmehr, noch einmal Verhandlungen auf der Goldlohnbasis nachzuführen. Aber auch jetzt erfolglos. Die Firma forderte die Verhandlungsvertreter auf, doch zu treten!

Dies wurde zunächst abgelehnt und der Schlichtungsausschuss auf Grund des Tarifvertrages angerufen. Dieser konnte in einer Sitzung am 19. September keinen Schiedsspruch abgeben, weil der neue Betriebsleiter Reich erklärte, bei der Firma bestünde überhaupt kein Lohnstreit. Es bedurfte erst langer Feststellungen und der Schlichtungsausschuss entschied: 1. daß ein Lohnstreit besteht; 2. daß die Parteien noch einmal verhandeln sollen bis 22. September zur Einigung zu kommen, andernfalls ein Schiedsspruch ergehen wird, der ab 17. 9. Kraft hat. Eine Einigung ist auch dann mit der Firma nicht erzielt worden, worauf am 25. September ein Schiedsspruch gefällt wurde, der den Lohnarbeitern in der Höhe 28 Goldpfennig, den Akkordarbeitern 28 Goldpfennig gemäß Lohnabkommen vom 11. August auftrug.

Dieser Schiedsspruch mußte bis 30. 9. angenommen oder abgelehnt werden. Die Arbeiter nahmen ihn an, die Firma nicht. Am 1. Oktober verurteilte die Arbeiterchaft noch einmal vergebens zu einer Einigung zu kommen. Am 4. Oktober sollte sich dann in einer Urabstimmung entscheiden, was nunmehr in der Goldlohnfrage geschehen sollte. Dazu sollte es jedoch nach dem unerwarteten Ratsschlag des Betriebsleiters Reich nicht kommen.

Am 8. Oktober vormittags gegen 11 Uhr unternahm ein getreuer Vorarbeiter des Betriebsleiters einen Vorstoß gegen einen in der mechanischen Branche aus bekannten Vorarbeitern, der zugleich Vertrauensmann des Verbandes ist, wegen angeblich schlechter Arbeit. (Der Betreffende arbeitet seit Jahr und Tag bei der Firma.) Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen, als deren Folge die sofortige Entlassung des Vertrauensmanns durch den Betriebsleiter ausgesprochen wurde. Vermittlungsgewinne des Betriebsausschusses bei dem Betriebsleiter waren vergebens. Der Herr entschied selbstherrlich, ohne Beirathung der Direktion.

Die Selbstherrlichkeit, die naturgemäß schon durch die verwickelte Lohnfrage erregt war, sollte infolge dieser eigenmächtigen Handlung die Arbeit sofort ein.

Die vom Metallarbeiter-Verband einseitigen Verhandlungen übertrugen an der Sachverständigkeit des Betriebsleiters. Die Arbeiterchaft beschloß sich mit der Lage am Sonntagabend und nahm einstimmig eine Entschloßung an, in der es heißt, daß die Schließung des Betriebes, dieses schon oft angewandte Mittel, um die Arbeiter einzuschüchtern, nicht geeignet sei, die Belegschaft von ihrer gerechten Forderung nach zeitgemäßer Entlohnung abzuhalten. Die Ausgesprochenen lehnen es ab, für 140 Mark Werte zu schaffen, während sie selbst hungern müssen.

Der Betrieb gilt für jeden Arbeiter als gesperrt.

### Vereinheitlichung der Landkreise.

Am 1. November verläßt Landrat Benke seinen bisherigen Wirkungskreis im Kreise Danziger Höhe und tritt als Regierungsrat am Oberpräsidium in Hannover in den preussischen Staatsdienst zurück. Die Stelle des Landrats im Kreise Danziger Höhe soll nicht wieder besetzt werden, da ernstlich daran gedacht wird, zur Vereinfachung der Verwaltung die beiden Landkreise Danziger Höhe und Niederung zusammenzuführen. Landrat Walzer vom Kreise Danziger Niederung soll vorläufig mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamts Danziger Höhe beauftragt werden.

Der Lohndienst der Hafenarbeiter beträgt ab 8. Oktober 70 Millionen Mark. An weiteren Zuschlägen werden gezahlt: für Entladen von Munition 9 Millionen Mark pro Stunde, Schiffsgehalt 36 Millionen Mark pro Tag und ein tägliches Stiefelgeld von 72 Millionen Mark; das Wartegeld beträgt 90 Millionen Mark pro Stunde. Im Hafen beschäftigte Frauen haben Anspruch auf einen Stundenlohn von 36 Millionen Mark. Die ersten beiden Überstunden werden mit je 135 Millionen Mark, die weiteren (Nachstunden) mit 158 Millionen Mark und die Sonntagsarbeit mit 180 Millionen Mark bezahlt.

## Wirtschaftliche Berechnungszahlen.

8. Oktober 1923.

Gültig vom 8. bis morgen mittag	
Entwertungsmultiplikator (nach dem Dollar-Briefkurs)	213 148 809
Wahrscheinlichkeit eines Goldpfennigs	2 131 488
Goldpfennig für Gas, Strom, Wasser, Miete für 8 Oktob.	1 825 397
Preis f. Milch (Grundpreis 13 Pf., Multiplik. 2 123 810)	27 000 000
f. Butter (95)	2 123 810
für dunkles Brot	44 000 000
hellere Brot	49 000 000
Lohngoldpfennig der Woche	1 299 307
Lebte Lebenshaltungsinde (2. 10.)	42 359 745
Lebte Lebenshaltungsinde (2. 10.)	4 116 520 000
Wert einer Silbermark (amtlich)	55 000 000
Schlüsselzahl im Buchhandel	75 000 000

### Fahrtpreise, gültig bis Mitternacht.

	8. 10.	9. 10. (etwa)
Danzig - Langfuhr	27 000 000	36 000 000
Danzig - Oliva	45 600 000	54 000 000
Danzig - Zoppot	63 000 000	74 000 000
Stadtkarte Danzig	18 000 000	21 000 000

### Postgebühren.

	Postkarten	Briefe
Danzig Ort	1 000 000	2 000 000
Freistaat, Deutschland, Polen	2 000 000	5 000 000
Ausland	9 000 000	15 000 000

### Devisenkurse

(Amtliche Kurse vom 8. Oktober 1923.)

Dollar: . . . . .	887 775 000 (Gold), 896 225 000 (Brief)
Pfund: . . . . .	4 189 500 000 " 4 211 500 000 "
Poln. Mark: . . . . .	94 762,50 " 95 237,50 "

### Der Abonnementspreis der „Danziger Volksstimme“

Wir, unsern Lesern bereits am Sonnabend mitgeteilt haben, in der Danziger Volksstimme für diese Woche freibleibend. Soweit dieser noch nicht bezahlt worden ist, liegt es im Interesse der Leser, ihn heute noch an die Trägerinnen abzuführen. Von Dienstag an beträgt der Abonnementspreis — 70 Millionen Mark.

Solange die deutsche Mark den derzeitigen Schwankungen unterliegt, müssen wir den Preis auch noch für die späteren Tage dieser Woche fest lassen, so daß wir am Tage vorher den veränderten Preis für den nächsten Tag bekannt geben.

**Vereinfachte Bezahlung der Gasrechnung.** Eine im heutigen Anzeigenteil unserer Zeitung veröffentlichte Bekanntmachung des Senats weist darauf hin, daß die Beträge der Gasrechnung, die den Verbrauchern von Gas zum, die Rechnungen überbringen, berechneten, die Beträge entgegenzunehmen. Dadurch könne das Ansehen an der Kasse des städtischen Gaswerks vermieden werden. Durch den Bezug von Gasrechnungen sei den Verbrauchern die Möglichkeit gegeben, Gas, Elektrizität und Wasser zu festen Preisen zu beziehen. In Zukunft sollen die Rechnungen, soweit irgend möglich, jedem Verbraucher unmittelbar am gleichen Tage des Monats ausgestellt werden.

**Der Kampf um die Goldlöhne in der Metallindustrie.** Die Unternehmer in der Metallindustrie haben gegen das Urteil des Gewerbegerichts, das die Rechtsverbindlichkeit des Abkommens vom 11. August bestätigt, Berufung beim Landgericht eingelegt. Die Verhandlung vor dem Landgericht ist auf den 31. Oktober angesetzt worden.

**Niederlegung von Geldentwertungszuschlägen.** Das Landessteueramt ist ermächtigt worden, die nach dem Steuergrundgesetz zu zahlenden Geldentwertungszuschläge beim Vorliegen besonderer Härten niederzuschlagen.

**Gebührenbefreiung nach Goldmark.** Durch eine Verordnung des Senats sind die Gebühren aufhebenden Gebühren in Goldmark festgesetzt worden, und zwar für den Bestand bei et. regelmäßigen Gebüh. für die Dauer bis zu 6 Stunden 2 bis 16 Goldmark, für jede folgende Stunde 0,25 bis 1,20 Goldmark. Eine Goldmark sind zurzeit rund 175 Millionen Papiermark.

Standesamt vom 8. Oktober 1923.

**Todesfälle:** Invalide Hermann Kalkmetz, 71 J. 4 M. — Händler Bernhard Michaelson, 63 J. 2 M. — Kaufmann Franz Georges, 69 J. 9 M. — Invalide Albert Otto, 45 J. — Witwe Bertha Franziska Danat geb. Demski, 78 J. 2 M. — Witwe Karoline Babski geb. Kischewski, 73 J. 4 M. — Witwe Henriette Dettlaff geb. Kense, 69 J. 4 M. — Frau Martha Klamann geb. Stern, 86 J. 9 M. — Witwe Friederika Partikel geb. Redt, 73 J. 2 M. — Frau Auguste Kanter geb. Wagner, 63 J. 6 M. — Schneider Louis Königsmark, 88 J. Unheilich i Sohn.

**Verantwortlich:** für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Literatur Anton Krollen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gehl u. Co. Danzig.

## Die Bedeutung der Volkstagswahl wird am Mittwoch, 10. in 13 Wählerversammlungen

behandelt, und zwar

am Mittwoch, den 10. Oktober, abends 7 Uhr

**Danzig:** Wertpapierehaus am Fuchswall  
**Schlichtitz:** Restaur. Steppuhn, Rath. Str.  
**Heubude:** Albrechts Hotel  
**Lauenburg:** Restaurant Kamlah  
**Neuharnwasser:** Gesellschaftshaus, Sapper Str.

**Langfuhr:** Kleinhammerpark  
**Kneipab:** Werderhof  
**Weichselmünde:** Restaurant Doran  
**St. Albrecht:** bei Mertens  
**Westl. Neufuhr:** bei Krause.

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr

**Niederstadt:** Gemeindehaus, Barbarag.  
**Ohra:** Othbahn  
**Bürgerwiesen:** Restaurant Wriedt.

Redner sind die Abgeordneten Gehl, Brill, Rahn, Rau, Spill, Grünhagen, Schrödt, Arzyski, Dr. Ping, Fischer und Ren.

## Wähler und Wählerinnen!

Beweist durch Massenbesuch eueren einflussreichen Willen, mit der Ausbeutungspolitik des Senats der bürgerlichen Mehrheit des Volkstages Abrechnung zu halten.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.













# Sternfeld

Danzig

Filiale Langfuhr

Das größte moderne  
**Kaufhaus**  
des Freistaats

Breitgasse 8-9  
Fernruf 3283  
**Seidel's**  
Täglich: Künstler-Konzerte

**CAFÉ**  
U. KONDITOREI  
MOKKA-SALON  
KRISTALL-DIELE  
BAR



Das Haus für Qualitäts-Schuhwaren  
Danzig: Große Weltberggasse 3 und Langgasse 10  
Langfuhr: Hauptstraße 117 - Zoppot: Seestraße 37.

Prima Hollandische Melange Nr. 2



M. E. Hesse  
Nacht,  
Danzig,  
ZIGAREN-  
U. TABAK-  
FABRIKEN



Der  
wundervolle  
Edel-Likör!!

## Gondadiktiner

Bestehend  
erhältlich!

Fabrik Danziger Liköre  
**Friedrich & Gonda**  
Danzig, Bergstraße 8  
Telefon 685

**Hotel Danziger Hof**  
Größtes Haus am Platze

**Wintergarten u. Tanzpalais**

Elegantes Weinrestaurant - Feckingsäle

**Künstlerspiele**  
Erstklassiges Kabarett

**Bonbonniere**  
Größte u. eleganteste Bar  
im Feckingsaal

**Restaurant Junkerhof**  
Telefon 5198 Felix Peter Jünglings 16

Gute Küche - Gepflegte Biere  
Festsäle für Gesellschaften -

**Konditorei und Café Sturm**  
Hauptgasse 23  
Fernruf 1536

**Herren-Bekleidung**

kauft man gut und billig bei

**W. Riese**

Breitgasse Nr. 127

Breitgasse Nr. 127

**Photohaus Schilling & Co. G.m.b.H.**  
Dominkawall 6 DANZIG Holzmärkt 12/14

Kameras, Objektive, Photo-Papiere, Platten, Filme  
Erstklassige Fabrikate

**UHREN**  
Juwelen - Perlen  
Gold- und Silberwaren  
Langgasse Nr. 28 **J. Neufeld & Söhne** Große Weltberg 20

**Johannes Husen Nfgr.**  
Danzig, Hülkendor

**Eisenwaren, Werkzeuge**  
Haus- und Küchengeräte

**Robert Ehmann**  
Altstädtischer Graben 3  
Textilwaren, Trikotagen, Herrenstoffe

**Alexander Barlasch**  
DANZIG, Fischmarkt 35  
Arbeiter - Konfektion  
Textilwaren jeder Art  
in nur realen Qualitäten

**Max Hirsch & Co.**  
L. Damm Nr. 2  
Haus für eleg. Herrenbekleidung

**Kaiser's Kaffee u. Tee**  
in verschiedenen Preislagen  
wohlgeschmeckend,  
ergiebig und preiswürdig  
**Kaiser's Kaffeegeeschäft G.m.b.H.**  
Filialen in:  
Danzig, Holzmärkt 17 | Neufährweg, Olivastr. 63  
Langfuhr, Hauptstraße 36 | Oliva, Am Markt 19  
Zoppot, Seestraße 21

**Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan**  
Westerschmetz! Ohne Gewähr!

(B) Danziger Fernverkehr	
Danzig Hbf. - Dirschau und zurück.	
Danzig ab 300, 400, 700, 900 D, 1000, 1000, 1000, 300 T, 300 D, 400	
400 D, 600, 700, 800 D, 800, 1000, 1100	
Dirschau an 400, 700, 800, 1000 D, 1100, 1100, 200, 300 T, 400 D, 500	
600 D, 700 D, 700, 800, 800 D, 900, 1100, 1200	
Danzig Hbf. - Prant - Karkass und zurück.	
Danzig ab 300, 600, 700, 900	Karkass ab 500, 500, 200, 700
Prant ab 500, 900, 200, 500	Prant ab 700, 1000, 400, 500
Karkass an 700, 1100, 400, 1200	Danzig an 700, 1000, 400, 900
Danzig - Hohenstein - Berent und zurück.	
300, 700, 100, 700 ab Danzig	an 800, 1100, 300, 1100
500, 300, 300, 800 ab Hohenstein	ab 700, 1000, 300, 1100
700, 1000, 300, 1100 an Berent	ab 400, 500, 1200, 800
Danzig - Altmünde - Karkass. zurück. Danzig ab 400, 700, Altmünde ab 600, 600	
Kark. an 700, 400, - Kark. ab 500, 300, Altm. ab 600, 600, Danzig an 700, 600	
Es bedeuten: D=D-Zug, T=Triebwagen.	

**Damenkonfektion**

Wäsche, Strumpfwaren, Trikotagen  
in guten Qualitäten und zu billigen Preisen  
kauft man in



DANZIG - FLEISCHERGASSE 88



Stadtfilialen: Marktsche Gasse, Junker-  
gasse, Langgarten 1, M. Damm 10  
Langfuhr: Hauptstraße 118  
und Hauptstraße 47  
Oliva und Zoppot

Größtes Geschäft der  
Branche am Platze,  
daher unübertroffene Bedienung



Große Allee 10 in eleganten Kabarettlokalen  
**8-UHR-BALL**  
Großes russisches Ballettensemble  
In Call: Täglich ab 8 Uhr  
**SOLISTEN-KONZERT**

L. Cullner  
Danzig  
Fischmarkt



## Tragen Sie Salamander-Stiefel!

Jedes Paar ist aus bestem Material angefertigt  
Sie sind damit zufrieden und

**sparen Geld!**

Niederlassung: DANZIG, Langgasse 2

